



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/7289

Landesrechnungshof Postfach 3180 24030 Kiel

Vorsitzender
des Finanzausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Stefan Weber, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Nachrichtlich
Frau Ministerin
Monika Heinold
Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen
LRH 302

Telefon 0431 988-0
Durchwahl 988-8979

Datum
4. Februar 2022

**Belastung des Landes durch die Beteiligung an der HSH Nordbank AG -
Tatsächlich über 6 Milliarden € allein für Schleswig-Holstein**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Beteiligung an der HSH Nordbank AG war eine der verlustträchtigsten Investitionen des Landes überhaupt. Die finanziellen Folgen werden die zukünftigen Landeshaushalte erheblich belasten.

Nachdem die Bank nunmehr privatisiert ist und auch das Ende der beiden gegründeten Anstalten, hsh finanzfonds AöR und hsh portfoliomanagement AöR, näher rückt, gilt es, eine realistische Gesamtbetrachtung der durch die Beteiligung erlittenen Verluste anzustellen. Die bisher hierzu in der Presse veröffentlichten Angaben des Finanzministeriums von je rund 4,5 Mrd. € für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bilden hierbei nur einen Teil der Wahrheit ab. Außer Acht gelassen werden bei dieser Betrachtung insbesondere sämtliche vor 2009 erlittenen Vermögenseinbußen des Landes. Zu nennen sind hier der Einbringungswert der ehemaligen Landesbank¹ sowie die von der GVB Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von

¹ Vgl. vertraulicher Umdruck 17/3486 vom 24.01.2012.

Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH (GVB) 2009 und 2011² übernommenen Verbindlichkeiten.

Einige der für eine Gesamtbetrachtung relevanten Daten sind vertraulich bzw. nur dem Finanzministerium zugänglich. Grundsätzlich wären beispielsweise auch die von der HSH Nordbank AG gezahlten Dividenden und die Ausschüttungen der GVB auf der Einnahmenseite einzubeziehen. Demgegenüber stehen die Zinsbelastungen des Landes für die bereits erfolgten Schuldübernahmen und die Garantiezahlungen, die der GVB erstatteten Finanzierungskosten sowie Ausgaben für Beratungsleistungen und die in der Abwicklungsphase deutlich gestiegenen Personalkosten für die Stabsstelle HSH Nordbank. Auch der gewählte Betrachtungszeitraum wirkt sich auf das Ergebnis aus, sodass die Gesamtbelastung immer nur näherungsweise angegeben werden kann.

Sicher ist aber: Betrachtet man den gesamten Zeitraum ab Gründung der HSH Nordbank AG bis heute, dürfte die tatsächliche Belastung des Landes nicht bei den genannten 4,5 Mrd. €, sondern bei über 6 Mrd. € liegen.

Ich rege an, dass das Finanzministerium den Finanzausschuss nach Abwicklung der Anstalten über den nach seiner Auffassung ab Gründung der HSH Nordbank AG eingetretenen Gesamtschaden für den Landeshaushalt unterrichtet.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Gaby Schäfer

² Vgl. Umdruck 17/1046 vom 16.08.2010 und Umdruck 18/118 vom 24.09.2012.